



# Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit (PiraT)

## Motivation

Deutsche Reedereien setzen die meisten Containerfrachter weltweit ein – und beklagen die höchste Anzahl von Piratenangriffen. Doch nicht nur Containerschiffe sind bedroht. Passagierschiffe sind ebenfalls Ziel von Piraterie. Und auch die Gefahr von maritimem Terrorismus ist nicht auszuschließen. Diese Bedrohungen können den Seehandel empfindlich stören.

## Ziele und Vorgehen

Das Projekt PiraT zielt darauf ab, den Austausch zwischen den Akteuren des Seehandels, wie etwa Behörden und Reedereien, zu erleichtern und eine Bestandsaufnahme der Bedürfnisse und Erwartungen zu erstellen. Auf dieser Basis soll ein Gesamtkonzept entwickelt werden, das politikwissenschaftliche Risikoanalysen und technologische Sicherheitslösungen mit rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekten verbindet. Ziel ist es, ressortübergreifende staatliche Handlungsoptionen zur zivilen Stärkung der Seehandelssicherheit zu entwickeln.

## Innovationen und Perspektiven

Zur Erfassung der Bedrohungen wird ein Risikomodel erstellt. In einem zweiten Schritt soll nach dem Konzept der „Security Governance“ die Koordinierung der beteiligten Akteure analysiert werden. Drittens wird die Verteilung der Schäden für die deutsche Wirtschaft branchenspezifisch aufgezeigt, was insbesondere für Versender von Waren und die Versicherungswirtschaft von großer Bedeutung ist. Des Weiteren werden neue Sicherheitstechniken, wie etwa Elektrozaune an Schiffen auf ihre Tauglichkeit und Wirtschaftlichkeit zur Piratenabwehr untersucht. Ergänzend soll eine Bestandsaufnahme der völker-, europa- und nationalrechtlichen Normen weitere Maßnahmen gegen Piraterie aufzeigen.



Häufig geraten Handelsschiffe in das Visier von maritimem Piraterie. (Quelle: © iStockphoto.com / gblakeley)

### Programm

Forschung für die zivile Sicherheit  
Bekanntmachung: „Sicherung der Warenketten“

### Gesamtzuwendung

976.000 €

### Projektlaufzeit

04/2010 - 03/2013

### Projektpartner

- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V., Berlin
- TU Hamburg-Harburg – Institut für Logistik und Unternehmensführung
- Bucerius Law School, Lehrstuhl Öffentliches Recht II, Hamburg

### Verbundkoordinatorin

Dr. Patricia Schneider  
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (ISFH)  
schneider@ifsh.de